



## Schwerpunktt Themen der SVP GR für den Wahlkampf 2018

Grundlage ist das SVP-Parteiprogramm 2015 bis 2019

- ✓ Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der Schweiz
- ✓ Volksrechte nicht aushebeln
- ✓ Ausländer- und Asylpolitik
- ✓ Tiefere Steuern für alle / Stopp dem Staatsausbau
- ✓ Energiepolitik
- ✓ Verkehrspolitik
- ✓ Bildungspolitik
- ✓ Landwirtschaftspolitik
- ✓ Tourismus/Wirtschaft

## Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der Schweiz

### Kernanliegen:

- ✓ **Wir kämpfen für Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität sind die Fundamente der Schweiz. Sie geben uns persönliche und wirtschaftliche Sicherheit;**
- ✓ **Wir wehren uns mit allen Mitteln gegen eine automatische EU-Rechtsübernahme mittels eines institutionellen Rahmenabkommens;**
- ✓ **Wir lehnen Entscheide von EU-Richtern, denen sich die schweizerische Rechtsprechung zu beugen hat, klar ab;**
- ✓ **Wir müssen unsere Landesgrenzen wieder selber kontrollieren können; unkontrollierte Massenzuwanderung zerstört unsere demokratischen, kulturellen und wirtschaftlichen Strukturen;**
- ✓ **Wir verlangen vom Bundesrat und seinen Diplomaten, dass sich diese vollumfänglich, ehrlich und mit Mut und Herzblut ausschliesslich für die Anliegen der Schweiz einsetzen.**

### **SVP Graubünden**

*Die SVP Graubünden hat sich als einzige Partei konsequent für diese Anliegen eingesetzt und zusammen mit dem Volk einige wichtige Meilensteine gesetzt. Eine klare, eigenständige Positionierung ist zentral für die Politik der SVP.*

### **Erläuterungen**

Der Erfolg der Schweiz basiert seit Jahrhunderten auf der Eigenständigkeit und der Unabhängigkeit. Gemäss Bundesverfassung schützt die Schweizerische Eidgenossenschaft die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes. Dabei ist unser Land offen gegenüber aussen, aber neutral! Bundesrat und linke Kräfte im Parlament wollen mit einem sogenannten „institutionellen Abkommen“ EU-Recht dynamisch, also für die Schweiz zwingend, übernehmen und dies trotz ihrem Eid bzw. Gelübde auf unsere Verfassung. Zudem soll sich die Schweiz dem EU-Gerichtshof unterwerfen. Dadurch werden für uns unakzeptable rote Linien überschritten. Wir akzeptieren keine fremden Richtersprüche, keine automatische EU-Rechtsübernahme noch die EU-Bürgerrichtlinien. Das Schweizervolk hält an seinen eigenen und bewährten Bürgerrechten fest.

Mit „Fake News“ in der Beziehung Schweiz/EU versuchen Parteien links der Mitte den Bürgerinnen und Bürgern Angst zu machen und träumen von einem institutionellen Rahmenabkommen. Tatsache ist, die Schweiz hat mit dem Freihandelsvertrag von 1972 sowie mit weiteren bilateralen Abkommen und den WTO – Richtlinien freien Marktzugang in der EU. Die Schweiz will jedoch nicht Mitglied des EU-Binnenmarktes sein. Dies würde heissen, als neutrales, weltoffenes Land die eigenständige Aussenhandelspolitik aufzugeben, die Binnenmarkt-Gesetze der EU automatisch zu übernehmen, grenzenlose Personenfreizügigkeit uneingeschränkt weiter zu führen. Also unwiderflicher Abbau der direkten Demokratie.

## Volksrechte nicht aushebeln

### Kernanliegen:

- ✓ **Wir verlangen, dass die Volksrechte respektiert werden und eingereichte Initiativen in Zweifelsfällen immer vors Volk kommen;**
- ✓ **Wir erwarten, dass die vom Volk gewählte „Classe-Politique“ Volksentscheide akzeptiert und ohne Wenn und Aber umsetzt.**

### SVP Graubünden

Die SVP Graubünden war in den letzten acht Jahren die einzige Partei welche sich konsequent für die Volksrechte eingesetzt hat.

### Erläuterungen

Nachdem die „Classe Politique“ zahlreiche Probleme vor sich herschiebt, kam es in den letzten Jahren zu mehreren erfolgreichen Volksinitiativen, welche der Politik „Beine machen“ wollten.

Dazu einige Beispiele:

- Gerechte Wahlen in den Grossen Rat - verschiedene Proporzinitiativen
- Neuregelung der Bündler Sonderjagd - Sonderjagdinitiative
- Vernünftiger Umgang mit Fremdsprachen für unsere Kinder – Fremdspracheninitiative

Demokratie bedeutet Volksherrschaft. Die verantwortlichen Behörden sind Diener des Volkes. Es ist klar, dass wenn diese Aufgabe nicht entsprechend befolgt wird, das Volk sich wehrt.

Die Volksherrschaft war immer Garant gegen Exzesse. Sie garantiert auch unsere Unabhängigkeit und Freiheit.

In den letzten Jahren macht sich eine Tendenz bemerkbar, Volksrechte einzuschränken. Gruppierungen wollen das Initiativrecht beschränken. Der Grosse Rat hat Initiativen im Zweifelsfall wiederholt für ungültig erklärt. Es ist gefährlich, in diesem Bereich Konzessionen zu machen.

Dass es sogar gesetzeswidrig ist, mit Volksrecht so umzugehen, hat das Bundesgericht bei der Fremdspracheninitiative, bestätigt. Diese wurde vom Parlament für ungültig erklärt, vom Bundesgericht hingegen für gültig. Die SVP Graubünden hat sich im Grossen Rat immer für die Gültigkeit der Fremdspracheninitiative eingesetzt. Regierung und mehr als zwei Drittel des Grossen Rates haben die Initiative hingegen für ungültig erklärt. Die SVP Graubünden wurde gegen ihren Widerstand von der Ratsmehrheit überstimmt, dies obwohl bereits bei der Grossratsdebatte klar war, dass es sich bei dieser Initiative nicht um einen offensichtlichen Verstoß gegen übergeordnetes Recht handeln kann. Sträflich wurde der Grundsatz „in dubio pro populo“ von unserer Politelite verletzt.

### Kernanliegen:

- ✓ **Wir verlangen, dass die Polizeikräfte so dotiert und ausgerüstet werden, dass sie Terrorismus und Kriminalität, inklusive Cyber-Kriminalität, wirksam bekämpfen können;**
- ✓ **Wir erwarten, dass die Erteilung vorläufiger Aufnahmen von abgelehnten Asylsuchenden massiv reduziert und auf wenige Einzelfälle beschränkt werden und verfügte Wegweisungen konsequent vollzogen werden;**
- ✓ **Wir fordern, dass die Höhe der Sozialhilfeleistungen wieder durch die Gemeinden selbst festgelegt werden können und die vom Kanton erlassene Verbindlicherklärung der SKOS-Richtlinien aufgehoben wird;**
- ✓ **Wir verlangen, dass die Zuwanderung auf ein vernünftiges Mass reduziert wird und von der Schweiz selbständig gesteuert werden kann, wie dies die vom Volk angenommene Masseneinwanderungsinitiative verlangt;**
- ✓ **Wir fordern, dass die Schweizer Südgrenze intensiv kontrolliert und illegal Einreisende konsequent zurückgewiesen werden.**

### SVP Graubünden

Die SVP Graubünden hat sich als einzige Partei konsequent mit den Problemen der Sicherheit, der Asylfragen und Zuwanderung befasst und eine klare Linie vertreten.

### Erläuterungen

Sicherheitspolitik ist eine Verbundaufgabe. Der Bund kann ohne Kantone und Städte/Gemeinden keine vernünftige und wirksame Sicherheitspolitik machen, genauso wie das umgekehrt auch nicht geht. Es kann in der Schweiz nur eine Sicherheitspolitik geben, und diese muss von Bund, Kantonen und Gemeinden zusammen gestaltet und getragen werden.

### Sicherheitspolizeiliche Vorgaben im Kanton Graubünden

Ziel ist, dass die Bevölkerung des Kantons Graubünden ihr Umfeld als sicher wahrnimmt und in ihrem Verhalten in positivem Sinne unterstützt wird. Der Kanton Graubünden wird positiv wahrgenommen durch eine professionelle Bewältigung von Grossanlässen und -ereignissen ohne Folgeschäden

### Die Innere Sicherheit prägen seit Jahren drei operationelle Schwerpunkte:

1. Herausforderungen mit dem islamistischen Terror und Extremismus (links/rechts)
2. Herausforderungen mit der Migrations- und Flüchtlingskrise (-Politik)
3. Cyber Spionage und Cyber Crime (Risiken im Cyber Raum)
  - Eine starke, umfassende und prioritäre Bekämpfung des dschihadistischen Terrorismus (inkl. Dschihadreisende und –rückkehrer) sowie auch eine stärkere Bekämpfung des Linksextremismus und des Rechtsextremismus sind zwingend. Die Polizei ist dazu mit genügend personellen, finanziellen und materiellen Mitteln auszurüsten und aufzudotieren (Waffen, Schutzwesten, Fahrzeugen etc.). Die Gesetzgebung im Terrorbereich ist zu verschärfen und die Rechtsanwendung ist konsequent und mit der maximalen Härte zu erfolgen. Gewalt gegen die Polizei, wie sie zum Beispiel von linksautonomen rechtsfreien Gebiet der Reithalle in Bern ausgeht und die enorme Gewalt der Linksextremisten gegen die Polizei am G20 Gipfel in Hamburg sind absolut nicht tolerierbar und sind rigoros zu bekämpfen und zu ahnden. Diese Zeichen gegen Gewalt an Polizisten sind auch in Graubünden zu setzen und sind wichtig für die Grossanlässe wie das WEF, das Churer Fest und verschiedene Open Air Veranstaltungen.

- Die Ausländerkriminalität und der Kriminaltourismus sind mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dazu ist die polizeiliche Präsenz im Kanton und der Bestand des Grenzwachtkorps in den Bündner Südtälern entsprechend zu erhöhen. Zudem fordern wir, dass die Ausschaffungsinitiative nun endlich, wie mit der Annahme vom Volk gefordert, umgesetzt wird und zur Anwendung gelangt. Deliktische und dissoziale Ausländerinnen und Ausländer sind konsequent des Landes zu verweisen und dies nicht nur bei schwersten Gewalt- und Vermögensdelikten.
- Die Bedrohung im Cyber-Raum ist vielfältig (Online-Betrug, Erpressung, Phishing –Attacken mit Erpressungstrojanern, Datendiebstahl, Sextortion, Cyberattacken etc.). Die Aufklärung von Straftaten kann ohne Sicherstellung und Auswertung von digitalen Beweismitteln kaum mehr erfolgreich sein. Der Weiterausbau eines Cybercrime-Dienstes (CYC) im Kanton Graubünden, mit dem Ziel, Täter schnell zu identifizieren, zu lokalisieren, der Strafverfolgung zuzuführen und danach abzuurteilen, ist damit unumgänglich. Der Kantonspolizei und den Strafverfolgungsbehörden sind genügend personelle und finanzielle Mittel zuzuweisen, damit das Internet nicht zu einem rechtsfreien Raum wird.
- Die Zahl der sogenannten "Vorläufig Aufgenommene (VA)" ist stark im Zunehmen begriffen. Obwohl das Asylgesuch abgelehnt wurde, können diese Personen auf unbestimmte Zeit in der Schweiz bleiben. Vorläufige Aufnahmen sind daher unverzüglich massiv zu reduzieren; die VA ist nur noch in absolut erforderlichen Einzelfällen zu gewähren. Wir fordern auch, dass die vom Volk angenommene Ausschaffungsinitiative endlich umgesetzt wird und verfügte Wegweisungen konsequent vollzogen werden. Schon heute sind nicht mehr alle Gemeinden in der Lage, für die auf sie übergehenden Sozialhilfeleistungen aufzukommen.
- Für das Asylwesen wird seitens des Bundes keine Vollkostenrechnung, also auch sämtliche Kosten der Kantone und Gemeinden, ausgewiesen. Entsprechende Erhebungen im 2015 haben ergeben, dass die Vollkostenrechnung im Asylbereich Kosten von jährlichen 6 – 7 Milliarden Franken verursachen. Ein nicht unerheblicher Teil betrifft die Fürsorgeleistungen. Wir fordern deshalb, dass die von der Bündner Regierung im 2002 für die Gemeinden verbindlich erklärten SKOS Richtlinien aufzuheben sind. Jede Gemeinde soll wieder selbständig die Höhe der von ihr zu leistende Sozialhilfe entscheiden und festlegen können.
- Bei der Zuwanderung ist die Anzahl neu einreisender Ausländer wieder auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren, damit dieses, im Gegensatz zu dem in den letzten Jahren zu verzeichnende enormen Bevölkerungswachstum (im 2016 Nettozuwanderung der ständigen Wohnbevölkerung von rund 65'000 Personen, ohne Kurzaufenthalter und Asylsuchende) wieder vertretbare Werte erreicht. Zu diesem Zweck ist insbesondere die Anzahl der Erteilung von Bewilligungen für Nichterwerbstätige und Personen aus Drittstaaten massiv zu reduzieren.
- Heute besteht die Gefahr, dass die Flüchtlingsströme aus dem Süden zunehmen. Italien, das völlig überfordert ist, schiebt die Flüchtlinge einfach weiter. In dieser Situation ist es wichtig, dass die Südgrenze der Schweiz intensiv kontrolliert wird und illegal Einreisende konsequent zurückgewiesen werden. Vor allem für das Puschlav und mittelfristig auch für das Münstertal wird dies zum heissen Thema.

### Kernanliegen:

- ✓ **Wir verlangen Korrekturen im Sozialbereich. Der Faule darf nicht besser fahren als der Fleissige.**
- ✓ **Die Bemessung des Existenzminimums muss strenger gehandhabt werden.**
- ✓ **Im Grundsatz ist jedes neue Gesetz, welches nicht verabschiedet wird, ein gutes Gesetz.**

Die finanzielle Lage der öffentlichen Hand wird immer prekärer. Von offizieller Seite wird dabei darauf hingewiesen, dass die Einnahmenseite das Problem sei. Dieser These ist entschieden entgegenzutreten: noch nie hat die Ausgabenseite in unserem Staat derart zugenommen wie in den letzten Jahren. Die Einnahmen haben sich dabei weit über der Teuerung bewegt. Neben den Steuern sind die Abgaben massiv erhöht worden.

Die Konsequenzen sind klar: die Bürgerinnen und Bürger werden immer mehr zur Kasse gebeten. Für die Randkantone ist die Situation, die sich daraus ergibt besonders prekär, weil Kürzungen immer die Schwächeren treffen. Mit dem Vorwand, aus finanziellen Gründen gehe etwas nicht, werden heute wichtige Vorhaben für die Rand- und Berggebiete abgeblockt.

Dazu einige Beispiele:

- Entlastung Tourismus durch reduzierten Mehrwertsteuersatz.
- Konzentration der Strassenausgaben auf die Nationalstrassen in den Agglomerationen. Graubünden ist auf eine gute Strassenerschliessung existenziell angewiesen (siehe Abschnitt Verkehrspolitik).
- Seit 2007 hat der Personalbestand beim Bund um 1200 Stellen zugenommen. Die Löhne beim Staatspersonal sind aufgrund neuerer Untersuchungen höher als in der Privatwirtschaft!

Vor allem der Sozialbereich gerät zunehmend aus dem Ruder. Die AHV wird über kurz oder lang in eine Schiefelage geraten, weil das Verhältnis Rentner zu Arbeitenden sich verschlechtern wird. Spätestens ab 2027 dürften in der AHV Defizite entstehen. Diese Relation kann nicht durch Zunahme der Beschäftigten korrigiert werden, weil es hier Grenzen gibt. Auch kann das Problem aufgrund der Konkurrenzsituation mit den Nachbarländern nicht über noch höhere Löhne gelöst werden. Im Argen liegt der Sozialbereich. Es ist dringend nötig, hier Korrekturen vorzunehmen: der Faule darf nicht besser fahren als der Fleissige. Heute ist das nicht der Fall.

Die Fürsorgeleistungen der Gemeinden sind in Anbetracht dieses Systems ins Unermessliche gestiegen. Korrekturen sind dringend nötig, die Bemessung des Existenzminimums muss strenger gehandhabt werden, Missbräuche streng geahndet werden, nicht nur mit bedingten Strafen. Den Gemeinden muss mehr Spielraum eingeräumt werden. Die SKOS-Richtlinien dürfen nicht telquel durchgesetzt werden, weil dadurch „Faule“ mehr verdienen als Arbeitende.

Für den Tourismus entscheidend ist sodann, dass bei den Löhnen etwas geschieht. Die Gesamtarbeitsverträge müssen stärker zwischen Berggebieten und schweizerischen Zentren differenzieren. Das ist auch in andern Branchen so, die Löhne sind nicht in der ganzen Schweiz gleich. Deshalb fordern wir bei den Gesamtarbeitsverträgen für das Berggebiet einen Einschlag von 30%.

Staatliches Handeln unterliegt – aufgrund der öffentlichen Natur – einer speziellen Aufmerksamkeit. Diese wirkt oft dämpfend auf die Anpassungsgeschwindigkeit. Ungeachtet dessen setzen sich Trends aus dem Dienstleistungssektor immer auch in der öffentlichen Verwaltung durch. Daraus lassen sich generell Herausforderungen für den Betrieb im öffentlichen Bereich ableiten. Die vorhandenen Mittel müssen daher möglichst Effizienz eingesetzt werden. Im Grundsatz ist jedes neue Gesetz, welches nicht verabschiedet wird, ein gutes Gesetz.

### Kernanliegen:

- ✓ **Wir fordern von den Regierungen der Bergkantone eine klare Opposition gegenüber der heutigen Energiepolitik, da nur mit einer Änderung die Interessen der Bergkantone wahrgenommen werden können;**
- ✓ **Wir verlangen eine harte Haltung bei den Wasserzinsen, indem die Bündner Regierung in Zusammenarbeit mit den übrigen Bergkantonen rasch ein Konzept zur Sicherung der Wasserzinsen erarbeitet (Gegenkonzept zum Bundesbeschluss);**
- ✓ **Wir messen die Befürworter der Energiestrategie an ihrem Versprechen, wonach eine Senkung des Gesamtenergieverbrauchs von 43% keine Verbote und keine Bevormundungen zur Folge habe.**

### SVP Graubünden

Von den politischen Parteien nimmt nur die SVP Graubünden eine klare Linie in Energiefragen ein, welche sich an den Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner und nicht an Ideologien orientiert. Umso wichtiger ist es, dass wir die im Parteiprogramm skizzierte Kritik hinaustragen und in den öffentlichen Diskussionen thematisieren.

### Erläuterungen

Für den Kanton Graubünden und für die Energieversorgungssicherheit der Schweiz ist die Wasserkraft sowohl als Energiespeicher wie auch für die Produktion von Regel- und Bandenergie der Schweiz zentral. Diese Vielseitigkeit ist im Verbund der heute zur Verfügung stehenden Produktionsformen von elektrischem Strom einzigartig. Und die Wasserkraft ist eine der saubersten Stromerzeugungsformen und weist von allen Produktionsformen die mit Abstand beste CO<sub>2</sub>-Bilanz auf.

### Harte Haltung bei den Wasserzinsen

Für die Nutzung des Wassers sowie wegen der Beeinträchtigungen in der Landschaft wurden Wasserzinsen festgelegt, welche für die Bergkantone und vor allem für die Gemeinden von zentraler Bedeutung sind. Beispielsweise boten die aufgrund der Bedeutung der Wasserkraft ansehnlichen Heimfallentschädigungen den Gemeinden gute Perspektiven.

Die Wasserkraft steht jedoch seit Jahren wegen ideologisch subventionierten ineffizienten Technologien wie Solarzellen und Windräder unter Druck. Für die SVP Graubünden ist es deshalb nicht nachvollziehbar, dass die Bündner Regierung und die Bergkantone nicht Sturm gegen die Energiepolitik des Bundes laufen.

Leider wurde es von den Befürwortern des Energiegesetzes verpasst, für die Zukunft ein realistisches Konzept für die Stromversorgung der Schweiz anzustreben, beispielsweise mittels eines Quotenmodells zur Stärkung der Wasserkraft. Stattdessen soll nun mittels eines Subventionsmonsters fernab jeglicher technischer Realität der Ersatz von Bandstrom mit Flatterstrom erzwungen und die planwirtschaftliche Marktverzerrung zementiert werden.

### Senkung des Verbrauchs nur ohne Verbote und Abgaben

Die Befürworter des Energiegesetzes wurden nicht müde zu betonen, dass das Energiegesetz nicht mehr als 40 Franken pro Familie und Jahr kosten werde. Bundespräsidentin Leuthard versprach, auf Steuererhöhungen auf Benzin bis ins Jahr 2035 zu verzichten. Die technologischen Fortschritte seien so massiv, dass es für die Bürgerinnen und Bürger trotz des Zielwertes einer Senkung des Gesamtenergieverbrauchs um 43% keine Verbote, Abgaben und Bevormundungen geben werde. An diesen Worten und Versprechungen, vor allem in Bezug auf Gebühren und Abgaben, wird die SVP die Befürworter messen.

Die Wasserkraft wird für die Stromversorgung wieder an Bedeutung gewinnen. Aber auch eine unrealistisch ausgebaute Wasserkraft kann in keiner Art und Weise die utopischen Speichervorga-

ben der technisch völlig verfehlten Energiestrategie erfüllen. Dennoch sind die utopischen Erwartungen an die Wasserkraft zentral für die Anliegen der Befürworter der Energiestrategie. Gleichzeitig sind durch die Annahme des Energiegesetzes die Mittel nun im Wesentlichen für ineffiziente Technologien wie Windkraft und Photovoltaik gebunden. Gerade deshalb ist absehbar, dass aus Sicht von Bern wohl eine Senkung der Wasserzinsen angestrebt wird, um die Kosten der Wasserkraft zu senken.

### **Keine Reduktion der Wasserzinsen!**

Entsprechend hat der Bundesrat schon kurz nach Annahme der Energiestrategie einen Bundesbeschluss zur erstmaligen Reduktion der Wasserzinsen in die Vernehmlassung geschickt. Dieses Vorhaben trifft die Gebirgskantone in ihren virtuellen Interessen. Die SVP wehrt sich deshalb vehement gegen dieses Ansinnen, weil es einmal mehr die Bergkantone und deren Gemeinden massiv benachteiligt. Für letztere haben die Einkünfte aus den Wasserzinsen vielfach existenzielle Bedeutung. Zudem steckt der Alpenbogen aufgrund anderer Umstände (Tourismus, Frankenstärke, Folgen der Zweitwohnungsinitiative, etc.) in einer Krise, weshalb nicht noch weitere Einnahmefälle hingenommen werden dürfen.

Angesichts dieser drohenden Einnahmefälle verlangt die SVP, dass die Bündner Regierung in Zusammenarbeit mit den übrigen Bergkantonen nun rasch ein Gegenkonzept erarbeitet, welche diese geschlossen und mit Nachdruck gegenüber dem Bund vertreten. Dieses darf die bisherigen Leistungen an die Bergkantone in keiner Weise schmälern. Die SVP lehnt deshalb zukünftige Modelle ab, die den Wasserzins in einen Grundanteil und einen marktabhängigen Anteil aufteilt, da damit die bisherigen Leistungen in Frage gestellt würden. Offen steht sie einer Lösung gegenüber, bei dem sich der Wasserzins aus einem Grundbetrag und einem Speicherzuschlag zusammensetzt. Mit einem derartigen Modell würde auch endlich die unterschiedliche Qualität der verschiedenen Energieproduktionsformen (Spitzen-, Regel- und Bandenergie) besser abgebildet.



### Kernanliegen:

- ✓ **Wir verlangen, dass aus den Nationalstrassengeldern ein Anteil für Kantone reserviert wird, die bei der Zuteilung von Nationalstrassen unterdurchschnittlich berücksichtigt werden;**
- ✓ **Wir fordern vom Bund die sofortige Umsetzung der beschlossenen Umklassierung der Julierstrasse.**
- ✓ **Wir verlangen, dass die Beiträge an den Bau und Unterhalt der Hauptstrassen mindestens auf dem heutigen Niveau erhalten bleiben;**
- ✓ **Wir erwarten vom Kanton, dass gute Rahmenbedingungen, wie Richtplananpassungen, für die Umsetzung von Zukunftsprojekten von Bergbahnunternehmen und Regionen vorangetrieben und unterstützt werden.**

### SVP Graubünden

Die SVP Graubünden wehrt sich vehement gegen Trend, die flächendeckende Grunderschliessung durch den Bund abzubauen. Vielmehr verlangen wir vom Bund eine gerechte, alle Landesteile berücksichtigende Verkehrspolitik.

### Erläuterungen

Die Verkehrsinfrastrukturen sind der Lebensnerv einer Volksgemeinschaft. Ohne gute Verkehrsinfrastrukturen ist eine Volkswirtschaft nicht wettbewerbsfähig. Graubünden läuft immer mehr Gefahr, in bezug auf die Verkehrsinfrastrukturen ins Hintertreffen zu geraten. Die dadurch verbundene Schwächung unserer Volkswirtschaft macht die Besiedlung und Bewirtschaftung unseres Berggebietes immer schwieriger. Die Verkehrspolitik hat deshalb für die Zukunft unseres Kantons eine zentrale Bedeutung.

Grundsätzlich muss ein Land flächendeckend eine Grunderschliessung sicherstellen. Leider hat er Bund in den letzten Jahren diesen Grundsatz immer mehr vernachlässigt.

### Strassen

Bei der Strassenfinanzierung richtet sich der Bund vor allem auf die Bedürfnisse der Grossagglomerationen unseres Landes aus. In diesen Gebieten werden auch vom Bund die meisten der vom Bund zu 100% finanzierten Nationalstrassen angeboten. Demgegenüber werden in den Randregionen auch wichtige Strassen nur als Hauptstrassen mit hohen Kosten für die Kantone klassiert.

- Aus den Nationalstrassengeldern ist ein Anteil für Kantone zu reservieren, die bei der Zuteilung von Nationalstrassen unterdurchschnittlich berücksichtigt werden. Die Verteilung dieser Mittel hat den %-Anteil an Nationalstrassen im Verhältnis zu den Hauptstrassen und die Länge des Hauptstrassennetzes zu berücksichtigen.
- Die bereits 2011 im Grundsatz beschlossene Umklassierung der Julierstrasse ist endlich umzusetzen. Dabei ist eine Verlängerung dieses Nationalstrassenteiles bis zur Grenze (Castasegna) durchzusetzen. Diese Forderung ist umso berechtigter, als alle Grenzkantone über Nationalstrassenverbindungen zum Ausland verfügen.
- Die Beiträge an den Bau und Unterhalt der Hauptstrassen sind mindestens auf dem heutigen Niveau zu halten.
- Surselva-Strasse als Nationalstrasse. Die SVP Graubünden unterstützt die Idee, eine Nationalstrasse West-Ost durch die Alpen zu realisieren. Vom Wallis her inkl. Furkaverlad besteht die Verbindung bis Uri. Es ist durchaus richtig, wenn die Fortsetzung thematisiert wird. Es ist nicht einzusehen, warum im Unterland alle Zentren mit optimalen, durch den Bund finanzierten Strassen erschlossen werden, das Berggebiet, das sowieso über schlechtere Rahmenbedingungen verfügt, vernachlässigt wird. Deshalb: nicht nur im Tiefland und Nord-Süd, auch im Berggebiet West-Ost (Martigny-Chur eine national finanzierte Strassenverbindung!

## Öffentlicher Verkehr

Im Bahnverkehr ist es das gleiche Bild feststellbar: während die übrige Schweiz weitgehend durch die SBB mit wenig Folgekosten für die Kantone erschlossen und grosszügig bedient wird, muss der Kanton Graubünden wesentliche Kosten für seine Bahnerschliessung selbst finanzieren, obwohl trotz grosser Anstrengungen die Erschliessungsqualität zu wünschen lässt.

Bei der Bahn sind Innovationen, wie sie heute bei der SBB üblich sind, auch bei der RhB durch Erhöhung der Beiträge zu ermöglichen. Dabei müssen auch Visionen geprüft und allenfalls umgesetzt werden.

- Optimierungen auf dem ganzen Streckennetz mit dem Ziel, die Fahrzeiten spürbar zu reduzieren;
- Die von der SP seinerzeit durchgeboxten Kapazitätseinschränkungen am Vereina wirken sich heute negativ auf den Tourismus aus. Deshalb sind Massnahmen – evtl. sogar eine durchgehende Doppelspur – zur Effizienzsteigerung zu prüfen. Insbesondere ist auch zu prüfen, mit welchen Massnahmen für Lastwagen bessere Verladungsmöglichkeiten geschaffen werden können;
- In Bezug auf Streckenerweiterungen befürwortet die SVP eine Verbindung Davos-Arosa, evtl. erweitert bis auf die Lenzerheide. Zur Verbesserung der internationalen Anbindung erachtet die SVP die Verbindung Scuol-Landeck als vorteilhaft. Dies deshalb, weil der für unseren Tourismus wichtige Grossraum München direkten Zugang zu wichtigen Tourismuszentren unseres Kantons (Engadin, Landschaft Davos) erhalten würde;
- Realisierung einer Tunnelverbindung Surselva – Andermatt;
- Sanierung Strecke Silvaplana-Casaccia: Wintersicherheit sowie Scheiteltunnel Maloja;
- Chur: Umfahrung Verkehr Arosa (Brücke);
- Eine Optimierung des Flugplatzes Samedan wird befürwortet und verdient kantonale Unterstützung.

### Kernanliegen

- ✓ Wir betrachten die Erziehung grundsätzlich als Sache der Eltern und die Ausbildung als Sache der Schule;
- ✓ Wir setzen uns dafür ein, dass die Kantone und damit die Bürgerinnen und Bürger selber über ihr Schulwesen bestimmen können;
- ✓ Wir verlangen, dass der Unterricht in der Volksschule nach klaren und verbindlichen Lernzielen in den Kernfächern leistungsorientiert geführt wird;
- ✓ Wir erwarten, dass Disziplin und Ordnung im Klassenzimmer und auf dem Schulgelände als Teil der Ausbildung betrachtet werden;
- ✓ Wir verlangen, dass die Berufslehre gegenüber der allgemeinbildenden Mittelschule aufgewertet wird;
- ✓ Wir setzen uns dafür ein, dass die Hochschulen eine führende Stellung im globalen Bildungsmarkt haben.

### SVP Graubünden

Die SVP Graubünden betrachtet die Ausbildung auf allen Ebenen als wichtigen Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung. Die Interessen der Auszubildenden und nicht ideologische oder politische Überlegungen bestimmen den Inhalt der Ausbildung. Die Partei setzt sich für eine leistungsorientierte Ausbildung, welche die Berufsausbildung gleichwertig wie die gymnasiale Ausbildung behandelt.

### Erläuterungen

#### 1. Volksschule

Ein leistungsfähiges Bildungswesen ist Grundlage für Entwicklung und Wohlstand unseres Bergkantons. Die Volksschule hat sich auf den Bildungsauftrag zu konzentrieren, statt sich immer mehr in die Erziehung der Kinder einzumischen. Die Reformhektik in der Volksschule muss gestoppt werden, sonst wachsen die Schäden und die Kosten linker Experimente ins Unermessliche.

So schießt zum Beispiel der gegenwärtig diskutierte Lehrplan 21 deutlich über den Verfassungsauftrag der Harmonisierung der Ziele hinaus und strebt an, die Lehrerbildung zu reglementieren und Lehrmittel zu vereinheitlichen. Es gibt immer mehr ideologische Beeinflussung. **Zur Erinnerung: das Bündner Stimmvolk hat die HARMOS-Vorlage klar abgelehnt.** Dass nun der Versuch den Lehrplan 21 vors Volk zu bringen von Regierung und Parlament konsequent verhindert wird, zeigt deutlich auf, wie notwendig hier die Haltung der SVP Graubünden ist.

Die Hoheit der Kantone über die Volksschule ist ein Grundpfeiler unseres Bildungswesens. Es sollen gesichertes Grundwissen und Grundfertigkeiten vermittelt werden. Die kantonalen Lehrpläne müssen klare und verbindliche Lernziele vorgeben. Leistung und Qualität sind auf jeder Schulstufe zu fordern und zu fördern. Ohne Ordnung, Disziplin und Leistungswille gibt es keinen Erfolg. Die Lehrer müssen gestärkt und mit Methoden- und Lehrmittelfreiheit ausgestattet werden. **Es ist zum bewährten Klassenlehrersystem zurückzukehren.**

## 2. Duales Bildungssystem

Die heutige Berufsausbildung mit betrieblicher Lehre und öffentlicher Berufsschule hat sich bewährt und ist anderen Modellen überlegen. Sie gilt deshalb im Ausland zunehmend als nachahmenswerte Ausbildungsform. **Die Lerninhalte der Ausbildungsgänge an den Berufsschulen müssen zusammen mit der Wirtschaft praxisorientiert festgelegt werden** und sind den tatsächlich im Berufsleben nachgefragten Qualifikationen laufend anzupassen. Die Berufsbildung ist aufzuwerten. Den mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Fächern sowie der Kenntnis über wirtschaftliche Zusammenhänge muss in der Bildung mehr Platz eingeräumt werden.

## 3. Schädliche Akademisierung

Auch in der höheren Bildung und der Forschungsförderung läuft einiges schief. Die Akademisierung der Ausbildung führt zu einer Inflation von akademischen Abschlüssen und Titeln. Dies führt zu höheren Ausgaben, erhöht aber nicht den Wert der Ausbildung, ausser, dass gemäss Statistik mehr Menschen sogenannten „hochqualifiziert“ sind. In der Forschung wird zusehends nach dem Giesskannenprinzip gefördert. Dies ist Ausdruck davon, dass offenbar zu viel Geld auf zu einfache Weise vorhanden ist und die Anspruchsmentalität ins Unbezahlbare wächst. **Die Hochschullandschaft Graubünden hat sich verstärkt auf die Aus- und Weiterbildung von dringend benötigten Fachkräften der hier angesiedelten Unternehmungen zu konzentrieren.**

## 4. Kosten explodieren

Die von «Bildungsexperten» angetriebene permanente Reformwut führt dazu, dass die Ausgaben auf allen Stufen explodieren, ohne einen nennenswerten Mehrwert zu erzeugen. **Mehr Geld in der Bildung bedeutet nicht automatisch eine bessere Bildung.** Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind nicht nur die mit administrativem Aufwand überhäufteten Lehrpersonen, sondern auch die Kinder. Dauerreformen nutzen die Lehrpersonen ab, machen ihren Beruf unattraktiv, bereiten die Schüler immer weniger auf die Lehre und das Studium vor und überfordern Eltern und Kinder.

### Kernanliegen:

- ✓ **Wir setzen uns für eine produzierende Landwirtschaft ein, welche die Bevölkerung mit gesunden, marktnah produzierenden Nahrungsmitteln versorgt;**
- ✓ **Wir erwarten, dass dem Erhalt von Kulturland grösste Sorge getragen wird;**
- ✓ **Wir anerkennen, dass der Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen, die Pflege der Kulturlandschaft und die Förderung der Alpwirtschaft für unseren Kanton von grosser Bedeutung sind und Förderbeiträge für diese Leistungen so auszugestaltet sind, dass ein angemessenes Einkommen für die Bauern sichergestellt werden kann;**
- ✓ **Wir halten am Ziel einer dezentralen Besiedlung als Teil der Agrarpolitik fest;**
- ✓ **Wir verlangen bei der Regulierung der Grossraubtiere mehr Spielraum durch den Kanton.**

### SVP Graubünden

Die SVP Graubünden setzt sich konsequent für gute Rahmenbedingungen zugunsten einer produzierenden Landwirtschaft ein, weil nur so der Kanton seine wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt auch in Zukunft erhalten kann und ein Beitrag zur Ernährungssicherheit geleistet werden kann.

### Erläuterungen

#### Ernährungssicherheit

Zur Sicherstellung der Versorgung unserer Bevölkerung mit qualitativ guten Lebensmitteln in ausreichender Menge braucht es eine produzierende Landwirtschaft. Ziel muss es nach Ansicht der SVP sein, den Hauptteil des Lebensmittelbedarfes unserer Bevölkerung durch einheimische Produktion sicherzustellen. Dies ist zu erreichen durch entsprechende Fördermassnahmen im Inland sowie einen ausreichenden Importschutz. Die wortwörtliche Umsetzung des Verfassungsartikels 104a Ernährungssicherheit ist darum zwingend.

In letzter Zeit ist im Rahmen der Annäherung zur EU aber auch auf WTO-Ebene insbesondere der Importschutz immer mehr in Frage gestellt worden. Es ist klar, dass eine vollständige Aufhebung des Importschutzes das Ziel der Ernährungssicherheit in unserem Land unerreichbar macht, weil sowohl aus finanziellen Gründen aber auch aufgrund der bestehenden internationalen Verträge die Fördermassnahmen im Inland nicht entsprechend ausgebaut werden können.

#### Erhaltung der Lebensgrundlagen & Pflege der Kulturlandschaft

Diese Zielsetzung ist für unseren Kanton von grosser Bedeutung. Dies auch aus touristischen Gründen. Es geht darum, die flächendeckende Bewirtschaftung in nachhaltiger Art und Weise, das heisst auf natürlicher Grundlage, sicherzustellen. Wichtig sind dabei vor allem auch Massnahmen zur Förderung der Alpwirtschaft, die drohende Vergandung vieler Alpen ist dringend zu verhindern. Dabei sind die Förderbeiträge zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Pflege der Kulturlandschaft so auszugestaltet, dass ein angemessenes Einkommen für die Bauern sichergestellt werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen ist die Sicherung einer wirtschaftlichen Produktion mittels guter Erschliessung der bewirtschafteten Flächen und Güter von grosser Bedeutung.

#### Dezentrale Besiedlung

Die landwirtschaftliche Bevölkerung nimmt eine zentrale Rolle bei der flächendeckenden Besiedlung unseres Landes, insbesondere der Berggebiete ein. Voraussetzung dafür ist eine auf Familienbetriebe ausgerichtete vernünftige Betriebsgrösse und auch Teilzeitbetriebe. Nur damit kann die Besiedlung und die Bewirtschaftung unserer Bergtäler in Zukunft auf einem angemessenen Niveau aufrecht erhalten werden. Dazu gilt es Sorge zu tragen, denn einmal verlassene Siedlungen und brachliegende Gebiete lassen sich kaum mehr revitalisieren. Unserer Agrarpolitik kommt hier eine zentrale Rolle zu: die Qualitäten der Berggebieten auch zukünftigen Generationen als qualitativ hochstehenden Lebensraum zu erhalten.

### **Grossraubtiere - Kanton braucht mehr Spielraum**

Es wird in Zukunft damit zu rechnen sein, dass der Wolf wie auch andere Grossraubtiere in der Schweiz ungestört auf Beutezug gehen können und Schäden an Herden oder gar Menschen verursachen.

Die Kantone müssen viel mehr Spielraum bei der Regulierung bekommen und sollen autonomer als bisher und ohne expliziten Nachweis ihrer Arbeit bei der Regulation von Konflikte verursachenden Arten nachgehen können.

### Kernanliegen

- ✓ Wir verlangen, dass der MWST-Sondersatz für die Beherbergungsbetriebe beibehalten wird;
- ✓ Wir betrachten für das Berggebiet Erleichterungen beim Gastro-GAV als gerechtfertigt;
- ✓ Wir verlangen, dass defizitäre Hotelbetriebe in Zweitwohnungen umgewandelt werden können;
- ✓ Wir fordern, dass die Bewilligungsverfahren zu beschleunigen und bürokratische Hürden abgebaut werden;
- ✓ Wir erwarten, dass die Bereitstellung von ausreichend Boden für Industrie und Gewerbe zu vernünftigen Konditionen sichergestellt wird,
- ✓ Wir fordern, dass die berufliche Aus- und Weiterbildung durch den gezielten Einsatz von öffentlichen Mitteln gefördert wird.

### SVP Graubünden

Die SVP Graubünden setzt sich dafür ein, dass Arbeitsplätze im ganzen Kanton mit innovativen Konzepten und vorteilhaften Rahmenbedingungen erhalten und neu geschaffen werden. Die SVP unterstützt wirtschaftliche Lösungsansätze und privat initiierte Innovationen. Teure externe Studien und schöne Worte helfen nicht weiter, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Kanton aufgrund der geographischen Lage, des starken Frankens, der hohen Lebenskosten, der Zweitwohnungsbeschränkung, des ausländischen Lohndrucks und der steigenden sozialen Abgaben zu bewältigen.

### Erläuterungen

#### 1. Tourismus

Der Bündner Tourismus leidet nicht nur unter der Frankenstärke, sondern auch unter den folgenden fakten gestützten Trends:

- Der Einbruch der Logiernächte ist bereits über die letzten 10 Jahre massiv (minus 27%) und ist nicht erst seit der Aufhebung des Mindestkurses eingetreten. Diese hat ihn aber noch verschärft.
- Obwohl die Anzahl der Übernachtungsbetriebe in den letzten 10 Jahren um 13% gesunken ist, hat die Anzahl Betten nur um 1% abgenommen. Es herrscht also ein Überangebot.
- Originelle Tourismuswerbungen haben „Graubünden Ferien“ einige Preise eingebracht, jedoch konnten zu wenig zusätzliche Gäste damit angezogen werden.
- Zahlreiche touristische Infrastrukturen sind renovationsbedürftig. In verschiedenen Regionen fehlt eine zeitgemässe Hotellerie.
- Oft werden verschiedene attraktive Angebote nicht gebündelt, sondern die Tourismusregionen zerfleischen sich stattdessen gegenseitig.
- Neue und aussergewöhnliche Projekte werden bislang von der Tourismusindustrie noch zu wenig umgesetzt, fehlen oft umsetzungsfreudige Personen.
- Innovationsgelder und öffentliche Unterstützungen werden planlos, ohne konkrete Ziele und teilweise nach persönlicher Sympathie verteilt. Stattdessen braucht es reale Projekte mit nachhaltigen Erfolgen.
- Zu oft wird der Gast in Graubünden nur als Einnahmequelle betrachtet. Das Hotel- und Restaurantpersonal (meistens ausländische Arbeitskräfte mit oft ungenügenden Sprachkenntnissen) bringt dem Gast zu wenig Aufmerksamkeit und Dienstfertigkeit entgegen. Ortsverbundenheit und kulturelle Herkunft gehen dabei verloren.

## Was ist zu tun um die Wettbewerbsfähigkeit zurück zu erlangen?

### a) Entlastung der Hotel- und Gastronomiebetriebe

Die Reduktion auf den Sondersatz für Gastronomie und Hotellerie bringt laufende Entlastung für die Branche. Die Hotellerie hat, dank den Vertretern der SVP Graubünden in Bern, für die nächsten 10-Jahre wiederum einen reduzierten Mehrwertsteuersondersatz erreicht.

### b) GAV-Erleichterungen für das Berggebiet

Es braucht in den GAV flexiblere Arbeitszeiten (Saisonbetriebe) und flexiblere Löhne für die Berggebiete. Der aktuell gesamtschweizerische GAV erfüllt die Anforderungen unseres Berggebietes zu wenig.

### c) Eigenständigkeit der Hotellerie

Die Hotellerie muss wieder selbstständig ihre Preise und ihr Marketing festlegen können. Auch da konnte, dank den Bündner SVP-Vertretern in Bern, gegen die Knebelverträge der Buchungsplattformen vorgegangen werden.

### d) Produkte entwickeln - Festlegung und Aufbau von attraktiven Angeboten

Es geht darum, neue und innovative Produkte festzulegen, die man gesehen oder erlebt haben muss. Dafür braucht es Ideenwettbewerbe. Einige Beispiele bestehender und neuer Ideen sind:

- Zahlenlotto der RhB
- Die Wiederverfilmung und der Ausbau des Heididorfes
- Wiederverfilmung von Schellen-Ursli
- Nationales Schneesportzentrum (Lenzerheide)
- Velo/ Mountain-Bike GR (Velowege Oberland/Prättigau/Engadin, Mountain-Bike Gebiete Lenzerheide/Davos, etc.)
- Familienhotel/Kinderpark Mittelbünden
- Nationalpark (Tierpark Zernez)
- Bündner Golftrophy (Best auf allen Plätzen)
- Internationale Wettkämpfe (Ski, Snowboard, Mountainbike, usw.)
- Workshops für traditionelle Bündner-Gerichte
- Mountain Hubs (Mia Engadina)
- Oldtimer-Bergrennen
- Touristen-Landkarte mit Fotosujets

An die Produkte sind attraktive Pauschalangebote zu knüpfen.

### e) Reduktion Belastung Zweitwohnungen

- Für Wohnungen, die an mindestens 100 Tagen zur Vermietung angeboten werden, sind die Gebühren und Abgaben (Tourismusabgaben, Steuern, Kehricht, Radio/Fernsehen/Wasser- und Kanalisationsanschluss u.a.) pro rata (für die vermietete Zeit) zu erheben. Dies gilt auch für über Online-Plattformen vermietete Objekte.
- Für selbstbewohnte Wohnungen sind die Abgaben und Gebühren auf den Stand von 2014 einzufrieren. Zusatzbelastungen sind zu vermeiden. Ausnahme: Belastungen, welche auch die Erstwohnungen betreffen.
- Defizitäre Hotelbetriebe sollen in Zweitwohnungen umgewandelt werden können.
- Das Raumplanungsgesetz muss so angepasst werden, dass die Umsetzung für alle Regionen gleichermassen möglich ist.

### f) Marketing

- Die Marketing Abteilungen der verschiedenen Bündner Tourismusregionen müssen zwingend stärker zusammenarbeiten und dürfen sich nicht gegenseitig ausstechen.



Ein gesamtheitliches Konzept mit konkreten Handlungsrichtlinien und Zielen ist zwingend auszuarbeiten. Ohne spezifische Produkte, werden auch keine privaten Investoren angelockt.

- Wir müssen vor allem in der Schweiz, aber auch im Ausland, Graubünden mit attraktiven Produkten und USP's wieder als „Ferienzentrum der Schweiz“ positionieren.

#### g) Grossveranstaltungen

- Veranstaltungen im Bündnerland müssen gebündelt und innerhalb eines Gesamtkonzepts betrachtet werden. Es geht nicht an, dass jede Region unabhängig eigene Grossveranstaltungen plant, welche sich zum Teil sogar noch direkt konkurrenzieren.
- Mit dem NEIN zu den Olympischen Spielen in Graubünden muss der Kanton sich nun im Rahmen "SION 2026" möglichst viel nutzen holen und die Austragungsstätten in Graubünden bewerben lassen.
- Werbung löst PR-Berichte (auch in Online-Kanälen) und eine Vergabe grosser privater Investitionen aus. Auf diese ist unser Kanton angewiesen, wenn er die einstige Führungsposition im touristischen Markt wieder einnehmen will.

## 2. Wirtschaft

Die Hauptwertschöpfung bringen im Kanton Graubünden der tertiäre (71%) und sekundäre Sektor (24%). Diese zwei Sektoren zusammen schaffen Arbeitsplätze für rund 120'00 Beschäftigte. 44% aller Arbeitsplätze konzentrieren sich auf die drei nördlichen Bündner Regionen Landquart, Plessur und Imboden (Churer Rheintal). Die wichtigsten Wirtschaftszweige für Graubünden sind der Bau, die Beherbergungsindustrie und das Gastrogewerbe sowie das Gesundheitswesen.

### Was ist zu tun um die Wettbewerbsfähigkeit zurück zu erlangen?

#### a) Vereinfachungen von öffentlichen Verfahren

Bewilligungsverfahren sind zu beschleunigen und bürokratische Hürden abzubauen. Dies trifft insbesondere für die Anstellungsverhältnisse und die Abrechnungen für KMU zu. Es kann nicht sein, dass unsere Unternehmen über Gebühren belastet werden.

#### b) Unabhängige Ombudsstelle

Es ist eine unabhängige Ombudsstelle zu schaffen, bei der sich Gesuchsteller beschweren können, sofern ihre Gesuche auf die lange Bank geschoben werden. Die Ombudsstelle kann bei den politischen Behörden gegen Amtsstellen intervenieren. Sie publiziert jährlich jene Fälle, die unnötig verschleppt wurden.

#### c) Boden für Industrie und Gewerbe

Die Bereitstellung von ausreichend Boden für Industrie und Gewerbe zu vernünftigen Konditionen ist sicherzustellen. Anzustreben sind regionale Industrieparks an deren Steuereinnahmen die Regionen partizipieren.

#### d) Senkung von Steuern und Abgaben

Steuern und Abgaben sind auf ein Minimum zu reduzieren. Es dürfen keine zusätzlichen Steuern/Abgaben eingeführt werden.

#### e) Infrastruktur und Transportkosten

Transportkosten müssen für die peripheren Gebiete erleichtert werden. Dies bedingt, dass eine Überprüfung der Standards der Kantonsstrasseninfrastruktur zwingend nötig ist. Zudem sollten sich auch Grenzgänger finanziell am Unterhalt der Infrastruktur (z.B. durch einen Lohnabzug) beteiligen müssen.

#### f) Aus- und Weiterbildungen

Die berufliche Aus- und Weiterbildung ist durch den gezielten Einsatz von öffentlichen Mitteln zu fördern.

g) Gebiets- und Aufgabenreformen

Es braucht Gebiets- und Aufgabenreformen zur Senkung der Kosten von Kanton und Gemeinden.

h) Effizienz staatlicher Stellen

Das RAV muss aktiver Stellensuchende an Unternehmen vermitteln und darf sich keine unnötigen Verzögerungen leisten.